

Satzung
der Gemeinde Hatten über die Erhebung von Beiträgen und
Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung
(Kanalbaubeitragsatzung)

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO), i.d.F. vom 22.08.1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.2005 (Nds. GVBl. S. 110), der §§ 6 und 8 des Nieders. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 11.02.1992 (Nds. GVBl. S. 29), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2001 (GVBl. S. 701), hat der Rat der Gemeinde Hatten in seiner Sitzung am 14.12.2005 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Allgemeines

- 1.) Die Gemeinde Hatten betreibt nach Maßgabe ihrer Abwasserbeseitigungssatzung in der jeweils gültigen Fassung eine zentrale Schmutzwasserbeseitigungsanlage als rechtlich selbständige öffentliche Einrichtung.
- 2.) Die Gemeinde erhebt nach Maßgabe dieser Satzung
 - a) Beiträge zur Deckung des Aufwandes für die öffentliche zentrale Schmutzwasserbeseitigungsanlage (Schmutzwasserbeitrag) einschl. der Kosten für den ersten Grundstücksanschluss bis zur Grundstücksgrenze beim Freigefällekanal bzw. bis zum ersten Kleinstpumpwerk beim Drucksystem (Schmutzwasserbeitrag),
 - b) Kostenerstattungen für zusätzliche Grundstücksanschlüsse (Aufwendungsersatz).

§ 2
Grundsatz

- 1.) Die Gemeinde erhebt, soweit der Aufwand nicht durch Schmutzwassergebühren oder auf andere Weise gedeckt wird, für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der zentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlage Schmutzwasserbeiträge als Abgeltung der durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme gebotenen besonderen wirtschaftlichen Vorteile.
- 2.) Der Kanalbaubeitrag deckt auch die Kosten für den ersten Grundstücksanschluss (beim Freigefällesystem: Anschlussleitung vom Hauptsammler bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks, beim Drucksystem: Anschlussleitung vom Hauptsammler bis zum ersten Kleinstpumpwerk).

§ 3 Gegenstand der Beitragspflicht

- 1.) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an die zentrale öffentliche Schmutzwasserbeseitigungsanlage angeschlossen werden können und für die
 - a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,
 - b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung oder gewerblichen Nutzung anstehen.
- 2.) Grundstücke unterliegen auch dann der Beitragspflicht, wenn sie nicht Bauland in Sinne des Absatzes 1 sind, aber tatsächlich an die zentrale öffentliche Schmutzwasseranlage angeschlossen wurden.
- 3.) Grundstück ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlichrechtlichen Sinne.

§ 4 Beitragsmaßstab

- 1.) Der Schmutzwasserbeitrag wird nach der Fläche berechnet, die sich durch Vervielfältigung der Grundstücksflächen mit der Geschossflächenzahl (GFZ) ergibt (zulässige Geschossfläche).
- 2.) Die Geschossflächenzahl ergibt sich aus dem Bebauungsplan. Für Grundstücke, für die in Bebauungsplan anstelle einer Geschossflächenzahl eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt als Geschossfläche 1/4 der Baumassenzahl. Ist im Zeitpunkt der Entstehung der Beitragspflicht aufgrund einer Ausnahme oder Befreiung eine höhere Geschossflächenzahl zugelassen oder vorhanden, ist diese zugrunde zu legen.

Legt der Bebauungsplan weder eine Geschossflächenzahl noch eine Baumassenzahl fest oder liegt kein Bebauungsplan vor, bestimmt sich die Geschossflächenzahl aus den Werten der folgenden Tabelle:

a) sonstige genutzte Grundstücke ohne oder mit nur untergeordneter Bebauung (z.B. Schwimmbäder oder Sportplätze, Campingplätze, Kleingärten, Wochenendhausgebiete, Friedhöfe)	GFZ 0,3
b) gewerblich genutzte Grundstücke ohne Bebauung	0,3
c) selbständige Garagen und Stellplatzgrundstücke	0,3
d) alle übrigen Grundstücke bei einem Vollgeschoss	0,3
bei zwei Vollgeschossen	0,5
bei drei Vollgeschossen	0,7
bei vier und mehr Vollgeschossen	0,9

Als Vollgeschosse gelten alle Geschosse, die nach landesrechtlichen Vorschriften Vollgeschosse sind.

Liegt kein Bebauungsplan vor, ist bei der Anwendung der Tabelle

- aa) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
- bb) bei unbebauten Grundstücken die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse (§ 34 BauGB)

zugrunde zu legen.

Für den Fall, dass durch Bebauungsplan eine Nutzung als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt ist, gilt aa).

Ist die Geschosshöhe im Falle aa) wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, werden je angefangene 2,20 m - bei industriell oder gewerblich genutzten Grundstücken und Sondergebieten gemäß § 911 Absatz 3 BauNVO 2,80 m - Höhe des Bauwerks ein Vollgeschoss gerechnet.

Kirchengebäude werden als eingeschossige Gebäude behandelt.

3.) Als Grundstücksfläche gilt

- a) bei Grundstücken in Bereich eines Bebauungsplanes die Fläche, auf die der Bebauungsplan die bauliche oder gewerbliche Nutzungsfestsetzung bezieht,
- b) bei Grundstücken, die über die Grenzen eines Bebauungsplanes hinausreichen, die Flächen im Bereich des Bebauungsplanes, auf die sich die bauliche oder gewerbliche Nutzungsfestsetzung bezieht,
- c) bei Grundstücken, für die kein Bebauungsplan besteht und die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes – soweit insgesamt Baulandqualität vorliegt. Bei Grundstücken, die teils zum Innenbereich und im übrigen zum Außenbereich gehören, höchstens jedoch nur die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze und einer in Abstand von 50 m dazu verlaufenden Parallelen; bei Grundstücken, die nicht an eine Straße angrenzen oder nur durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit einer Straße verbunden sind, die Fläche zwischen der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer im Abstand von 50 m in dazu verlaufenden Parallelen,
- d) bei Grundstücken, die über die sich nach a) - c) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Flächen zwischen der jeweiligen Straßengrenze oder im Falle von c) der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer Parallelen hierzu, die in einer der übergreifenden Bebauung oder übergreifenden gewerblichen Nutzung entsprechenden Tiefe verläuft,

- e) bei Grundstücken, für die der Bebauungsplan oder eine Nutzung als Wochenendhausgebiet sonstige Nutzung ohne oder mit nur untergeordneter Bebauung festsetzt oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) so genutzt werden (z.B. Schwimmbäder, Sportplätze, Campingplätze, Kleingärten - nicht aber Friedhöfe) 75 % der Grundstücksfläche,
- f) bei Grundstücken, für die der Bebauungsplan Friedhofsnutzung festsetzt oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) oder im Außenbereich (§ 35 BauGB) so genutzt werden, die Grundfläche der an die öffentliche zentrale Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl von 0,2,
- g) bei allen anderen bebauten Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB) die Grundfläche der an die öffentliche Schmutzwasserbeseitigungsanlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl von 0,15.

In den Fällen f) und g) wird die so ermittelte Fläche dieser Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, daß ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen.

- 4.) Auf Grundstücke im Bereich von Satzungen nach § 4 Abs. 4 Wohnungsbauerleichterungsgesetz sind, wenn für sie Geschossflächenzahlen festgesetzt sind, die Vorschriften dieser Satzung über beplante Gebiete, und wenn für sie keine Geschossflächenzahlen festgesetzt sind, die Vorschriften dieser Satzung über unbeplante Gebiete im Innenbereich (§ 34 BauGB) anzuwenden.

§ 5 Beitragssatz

- 1.) Der Beitragssatz für die Herstellung der zentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlage beträgt 8,48 €/m² Beitragsfläche.
- 2.) Die festzusetzenden Schmutzwasserbeiträge sind auf volle Euro abzurunden.
- 3.) Die Beitragssätze für Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der öffentlichen zentralen Schmutzwasserbeseitigungsanlage werden im Einzelfall unter Angabe des Abgabentatbestandes in einer besonderen Satzung festgelegt.

§ 6 Beitragspflichtige

- 1.) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

- 2.) Bei Rechtsnachfolge gehen alle Verpflichtungen auf den Rechtsnachfolger über. Die etwaige persönliche Haftung des Rechtsvorgängers bleibt hiervon unberührt.

§ 7 Entstehung der Beitragspflicht

- 1.) Die Beitragspflicht entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung der zentralen öffentlichen Schmutzwasseranlage vor dem Grundstück einschließlich der Fertigstellung des ersten Grundstücksanschlusses.
- 2.) Im Falle des § 3 Ziff. 2.) entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss, frühestens jedoch mit dessen Genehmigung.

§ 8 Vorausleistung

Auf die künftige Beitragsschuld können angemessene Vorausleistungen verlangt werden, sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist. Die Vorausleistung ist mit der endgültigen Beitragsschuld zu verrechnen.

§ 9 Veranlagung, Fälligkeit

Der Schmutzwasserbeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Das Gleiche gilt für die Erhebung einer Vorausleistung.

§ 10 Ablösung

In Fällen, in denen die Beitragspflicht noch nicht entstanden ist, kann die Ablösung durch Vertrag vereinbart werden. Die Höhe des Ablösungsbetrages ist nach Maßgabe des in § 4 bestimmten Beitragsmaßstabes und des in § 5 festgelegten Beitragssatzes zu ermitteln.

Durch Zahlung des Ablösungsbetrages wird die Beitragspflicht endgültig abgegolten.

§ 11

Erstattung der Kosten für zusätzliche Grundstücksanschlüsse

- 1.) Stellt die Gemeinde auf Antrag des Grundstückseigentümers für ein Grundstück einen weiteren Grundstücksanschluss oder für eine von einem Grundstück, für das die Beitragspflicht bereits entstanden ist, abgeteilte und zu einem Grundstück verselbständigte Teilfläche einen eigenen Grundstücksanschluss oder nach dessen Beseitigung einen neuen Grundstücksanschluss an die zentrale öffentliche Abwasseranlage her (zusätzliche Grundstücksanschlüsse), so sind der Gemeinde die Aufwendungen für die Herstellung solcher zusätzlicher Grundstücksanschlüsse (einschl. Kleinstpumpwerk beim Drucksystem) in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.
- 2.) §§ 6, 8 und 10 gelten entsprechend. Der Erstattungsanspruch entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses.

§ 12

Fälligkeit

Der Erstattungsbetrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 13

Auskunfts- und Duldungspflicht

- 1.) Die Abgabe- und Erstattungsbetragspflichtigen und ihre Vertreter haben der Gemeinde jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Angaben und des Kostenersatzes erforderlich ist.
- 2.) Die Gemeinde kann an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Ziff. 1) zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen und in dem erforderlichen Umfang zu helfen.

§ 14

Anzeigepflicht

- 1.) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist der Gemeinde sowohl vom Veräußerer als auch der Erwerberin bzw. dem Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.
- 2.) Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Angaben bzw. des Kostenersatzes beeinflussen, so hat der Abgabepflichte bzw. die Abgabepflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen. Dieselbe Verpflichtung besteht für ihn/sie, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.

- 3.) Zuwiderhandlungen gegen die §§ 13 und 14 Abs. 1 und 2 sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG.

§ 15 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt mit dem **01.01.2006** in Kraft. Gleichzeitig treten die entsprechenden Vorschriften der Satzung der Gemeinde Hatten über die Erhebung von Beiträgen und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Kanalbaubeitragssatzung vom 15.12.1992 i.d.F. v. 01.04.1996) außer Kraft.

Hatten, den 14.12.2005

Gemeinde Hatten

Helmut Hinrichs
Bürgermeister